

## Preisträgerkonzert wieder in Peine

**KREIS PEINE.** Die Kreismusikschule Peine veranstaltet zusammen mit dem Ratsgymnasium Peine am kommenden Sonntag, 22. Februar, um 17 Uhr in der Aula des Ratsgymnasiums das diesjährige Preisträgerkonzert des Regionalwettbewerbes „Jugend musiziert“. 20 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 19 Jahren präsentieren ein vielseitiges Programm des von der Kreissparkasse Peine unterstützten Konzertes.

So werden die Instrumente Gitarre, Blockflöte, Klarinette, Horn und Trompete – teilweise mit Klavierbegleitung – solistisch zu hören sein. In einer kammermusikalischen Zweierbesetzung mit Klavier sind vierhändige Werke aus unterschiedlichen Jahrhunderten für Violine, Cello und Klarinette zu hören.

„Schüler der Regionen Peine, Hildesheim und Alfeld errangen viele erste und zweite Preise“, sagte Kreismusikschulleiter Daniel Keding. Keding freut sich über die steigende Anmeldezahl aus der Region für den Wettbewerb. In diesem Jahr nahmen zehn Schülerinnen, die fast alle in der Kreismusikschule Peine unterrichtet werden, aus dem gesamten Landkreis Peine an diesem Wettbewerb teil. Die erfolgreichsten Schüler nehmen vom 19. bis 22. März am Landeswettbewerb von „Jugend musiziert“ in der Hochschule für Musik und Theater Hannover teil.

# IGS soll nach Lengede – Ilse der sind beruhigt

Schülerzahlen sinken dramatisch – Mehrere Schulstandorte gefährdet

Von Katja Dartsch

**KREIS PEINE.** Ganz klar hat sich der Schullehrer Karl-Heinz Uflerbäumler gestern Abend für Lengede als Standort einer zweiten Integrierten Gesamtschule (IGS) im Landkreis Peine ausgesprochen. Bis März will sich die Politik beraten – dann müssen die Eltern entscheiden.

## Die Stimmung

So groß wie gestern Abend ist das Interesse an den Sitzungen des Kreis-Schulsausschusses selten: Auf dem Balkon im großen Sitzungssaal drängten sich die Zuhörer. „Wir wollen wir bleiben“, stand auf einem großen Plakat. Rund 100 Schüler, Eltern und Lehrer aus Ilse warben dafür, dass ihr Schulzentrum keine IGS wird. Mit Trillerpfeifen waren sie Richtung Kreishaus gezogen – als die Sitzung begann, wurde es aber mucksmäuschenstill im Saal.

## Die Empfehlung

Lengede ist der richtige Standort für die geplante IGS. Zu diesem Ergebnis kam Schullehrer Karl-Heinz Uflerbäumler aus Osnabrück in seiner Analyse. Sechs Kriterien hatte er

„Durch die sinkenden Schülerzahlen sind eine Realschule und fünf Hauptschulen gefährdet“

Karl-Heinz Uflerbäumler



zur Grundlage gemacht (siehe Fakten).

Demnach schieden Vechelde und Ilse aus, weil dort ein Gymnasium vor Ort ist, das nicht gefährdet werden soll. „In die engere Wahl kamen Lengede und Wendeburg – und in Lengede ist der bauliche Erweiterungsbedarf geringer“, begründete Uflerbäumler seine Entscheidung. Landrat Franz Einhaus kommentierte: „Nach diesen Kriterien gibt es keine andere Möglichkeit als Lengede.“

Verärgert zeigte sich Uflerbäumler über die versuchte Einflussnahme mehrerer Gemeindegemeinderäte. „Ich bekam Anrufe von mehreren Bürgermeistern. Aber mir ist es gelungen, mich nicht auf eine inhaltliche Diskussion mit ihnen einzulassen.“

PN



Die Realschule in Lengede – spätestens wenn einmal die IGS-Oberstufe Einzugs hält, muss der Bau erweitert werden. PN-Foto: Archiv

## Die Irrtümer

Landrat Einhaus stellte vor der Sitzung einige Dinge klar. Erstens: „Noch ist nichts entschieden. Es handelt sich lediglich um eine Empfehlung. Die endgültige Entscheidung muss das Kultusministerium treffen.“ Zweitens: „Kein Realschüler in Lengede wird zum Gesamtschüler. Die IGS wächst jahrgangsweise heran.“ Drittens: „Keine Schule soll aufgrund der neuen IGS geschlossen werden.“

## Schülerzahlen

In den kommenden Jahren wird die Zahl der Schüler drastisch

sinken (siehe Zahl des Tages). Der höchste Rückgang ist in Edemissen zu erwarten: Dort wird die Zahl der Fünftklässler bis 2018 um 51 Prozent zurückgehen. In Lahstedt werden es 44 Prozent sein, in Wendeburg 35. Der geringste Rückgang steht der Stadt Peine bevor: 6 Prozent.

Durch die sinkenden Schülerzahlen seien mehrere Schulen im Landkreis gefährdet, so der Schullehrer. Er zählte auf: „Die einzige gefährdete Realschule ist die in Wendeburg. Soll dieser Standort gesichert werden, muss man ihn stärken – zum Beispiel durch kooperativen Unterricht.“ Zudem seien fünf Hauptschulen gefährdet: Wendeburg, Edemissen, Lengede, Ilse und Vechelde. Alle haben sie zurzeit nur 14 bis 21 Schüler im fünften Jahrgang.

## Weitere Gesamtschulen

Uflerbäumler hat auch den mittel- bis langfristigen Bedarf an IGS untersucht. Sein Urteil: „Maximal zwei neue 5-zügige IGS ließen sich umsetzen, ohne dass ein bestehendes Gymnasium gefährdet wird.“

## Die neue Schule

Bis Mitte März wird sich die Politik für einen Standort entscheiden, dann muss der Elternwille per Umfrage ermittelt werden. Anschließend kann die IGS beantragt werden. Am 1. August 2010 könnte die neue Schule dann an den Start gehen. Einzugsbereich der IGS Lengede: Die Gemeinden im südöstlichen Landkreis.

► BRAUNSCHWEIGER LAND

## FAKTEN

### Die Kriterien

- Die IGS soll kein Schulzentrum gefährden.
- Jeder Schüler im Landkreis soll die Chance haben, eine Gesamtschule zu besuchen.
- Die räumlich-technische Infrastruktur vor Ort muss geeignet sein für eine 5-zügige IGS.
- Das Umfeld muss aufgeschlossen sein für eine IGS – sowohl die Politik als auch die Elternschaft und das Kollegium.
- Die IGS muss mit der Option gegründet werden, eine Oberstufe zu implementieren – ansonsten wird es schwierig, genügend leistungsstarke Schüler zu gewinnen.
- Kein bestehendes Gymnasium soll in Frage gestellt werden.

**ZAHL DES TAGES**

**35**

Prozent weniger Fünftklässler als zurzeit wird es in neun Jahren im Landkreis Peine geben. Ihre Zahl sinkt von 1431 auf 930.

PN

## Wulff ärgert sich übers Kultusministerium

„Schulpolitik muss mit Entschlossenheit angegangen werden“ / 20 Millionen Euro für bessere Unterrichtsversorgung

VON KLAUS WALLBAUM  
UND SASKIA DOHNER

**Hannover.** Schon nach der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion am Dienstag fing das Gegrummel an, bis gestern wurde es auf den Fluren des Parlaments immer stärker. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) ist unzufrieden mit den Vorarbeiten, die das Kultusministerium für die Klausurtagung der Regierung am kommenden Montag geleistet hat. „Er hat das Konzept verworfen“, heißt es aus Koalitionskreisen.

Die Kritik zielt zunächst auf Ministerin Elisabeth Heister-Neumann. Vor ihr stauen sich die Probleme. Ihr fehlen 1500 Lehrerstellen. Nun geht es um die Frage, ob man bei einer so starken Lehrernot den Pädagogen erlauben soll, nur als Teilzeitkraft zu unterrichten – oder ob



Unter Druck: Kultusministerin Heister-Neumann. Surrey

solche Anträge künftig nur noch bei dringenden familiären Gründen genehmigt. Zudem gehen den Hauptschulen die Schüler aus.

Die Ministerin steht derzeit unter Beschuss, nicht nur vonseiten der Opposition und der FDP. Kritik kommt verstärkt auch aus den eigenen Reihen. Schon vor

vier Wochen hatte Heister-Neumann ein „Gesamtkonzept“ angekündigt. Doch erste Papiere aus dem Ministerium haben Wulff erzürnt. Das Besondere ist: Die Fachabteilungen des Ministeriums wurden umgangen, weil offenbar die Sorge besteht, dort gebe es zu viele „undichte Stellen“. So kamen die Autoren aus dem engeren Stab um die Ministerin. Als Wulff am Dienstag in der Fraktionsitzung forderte, die Schulpolitik müsse „mit Entschlossenheit angegangen“ werden, sahen Teilnehmer dies als Kritik an Heister-Neumann, die in der Sitzung fehlte.

Doch seit gestern verdichtet sich der Eindruck, dass weniger die Ministerin als vielmehr ihr Staatssekretär Peter Uhlig gemeint war. Er habe im Ministerium nicht die nötige Autorität, heißt es. Der Unmut des Ministerpräsidenten bezieht sich auch auf die Landesschulbe-

hörde, wo große bürokratische Hürden errichtet werden für Lehrer, die freiwillig über ihren Ruhestand hinaus unterrichten wollen.

Künftig stehen Heister-Neumann aber zusätzlich 20 Millionen Euro für eine bessere Unterrichtsversorgung zur Verfügung. Wie die Fraktionen von CDU und FDP gestern mitteilten, wird das Geld im Nachtragshaushalt bereitgestellt, über den der Landtag heute im Zuge des Konjunkturpakets beschließt. Die reale Unterrichtsversorgung solle jenseits von Statistiken für Schüler, Eltern und Lehrer spürbar verbessert werden, sagten die Fraktionsvorsitzenden David McAllister (CDU) und Jörg Bode (FDP). Und dies kann man durchaus als Kritik an Heister-Neumann verstehen.

► Mehr Geld für Lehrer

Seite 7

## 20 Millionen Euro für mehr Unterricht

Kabinett berät noch,  
wohin Geld fließen soll

Von Michael Ahlers

---

**HANNOVER.** Um noch höheren Stundenausfall zu verhindern, wollen die Fraktionen von CDU und FDP 20 Millionen Euro zusätzlich in die Unterrichtsversorgung stecken.

Das kündigten die Fraktionschefs David McAllister und Jörg Bode an. „Wir stellen die Mittel zur Verfügung, damit die Landesregierung zusätzlichen Unterricht finanzieren kann“, sagte Bode (FDP). Die tatsächliche Unterrichtsversorgung solle jenseits von Statistiken spürbar besser werden, so die Politiker. Das Geld soll im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II zur Verfügung gestellt werden.

Wie das Geld eingesetzt wird, soll zu Wochenbeginn im Kabinett geklärt werden. Finanziert werden könnten vor allem zusätzliche Stunden durch weniger Teilzeit, Verträge für Feuerwehrlehrer sowie der verstärkte Einsatz von Pensionären und Seiteneinsteigern. Freiwillige Mehrarbeit soll zudem besser bezahlt werden. „Auch neue Stellen sind nicht ganz ausgeschlossen“, hieß es aus CDU-Kreisen. Das gilt aber als unwahrscheinlich. Die Summe entspricht laut Koalitionskreisen aufs Jahr gerechnet rund 300 Lehrerstellen, aufs halbe Jahr 600. Offenbar rechnet man erst zum Sommer mit einer Umsetzung. Ministerin Heister-Neumann soll auch Vorschläge zur Schulstruktur vorlegen. Eine Variante sieht offenbar vor, Hauptschulen zu „Berufsorientierten Schulen“ zu erklären. Entscheidungen gibt es allerdings noch nicht. Das Kultusministerium erklärte, es werde an den Plänen gearbeitet.

BZ

## 20 Millionen Euro mehr für die Lehrer

Regierungsfractionen  
rücken mehr Geld heraus

VON SASKIA DÖHNER

**Hannover.** Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) hat im ersten Halbjahr des kommenden Schuljahrs 20 Millionen Euro mehr zur Verfügung, um eine bessere Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Das haben die Fraktionen von CDU und FDP gestern mitgeteilt. Das Geld wird im Nachtragshaushalt bereitgestellt, über den der Landtag heute im Zuge des Konjunkturpakets beschließt. Es gehe darum, die reale Unterrichtsversorgung jenseits von Statistiken für Schüler, Eltern und Lehrer spürbar zu verbessern, betonten die Fraktionsvorsitzenden David McAllister (CDU) und Jörg Bode (FDP).

Frauke Heiligenstadt (SPD) nannte die Finanzspritze „einen Witz“. Denn genau dieser Betrag sei im letzten Nachtragshaushalt gestrichen worden. Die 20 Millionen Euro würden bei Weitem nicht ausreichen, den Lehrermangel zu beheben. „Im Ministerium herrscht Chaos pur“, sagte die Bildungsexpertin.

Die 20 Millionen Euro sind zunächst auf ein halbes Jahr befristet im Haushalt, sollen aber voraussichtlich bis Ende 2011 fortgeschrieben werden. „Wir können nicht erst Maßnahmen anschließen und sie dann nicht weiterfinanzieren“, sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP, Björn Försterling.

Mit 20 Millionen Euro könnte man rund 300 neue Lehrer einstellen. Doch Neueinstellungen sei nur eine Möglichkeit unter vielen, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Bernd Althusmann. Zumal durch den Schülerrückgang später nicht mehr so viele zusätzliche Lehrer gebraucht würden, wie FDP-Fraktionschef Jörg Bode sagte: Man habe eine Erhöhung des Beschäftigungsvolumens, aber keine Änderung des Stellenvolumens beschlossen. So könnten Teilzeitkräfte, die freiwillig länger arbeiten wollten, besser bezahlt werden. Heister-Neumann hatte knapp 10 000 Pädagogen angeschrieben, die weniger unterrichten, und sie gebeten, ihre Stundenzahl aufzustocken. Bislang sollen sich aber erst knapp 1500 Lehrer bereit erklärt haben, länger zu arbeiten.

Auch Lehrer, die auch nach der Pensionierung noch weiter unterrichten wollen, oder Referendare, die freiwillig aufstocken wollen, könnten aus dem 20-Millionen-Euro-Topf bezahlt werden. Ebenso sei es möglich, sogenannte Feuerwehrlehrer mit langfristigeren Verträgen auszustatten.



## Pressespiegel vom 18.02.2009





## Pressespiegel vom 18.02.2009





## Pressespiegel vom 18.02.2009

